

hoffen, können sich auf uns verlassen. Falsch ist - ich habe es mehrfach gesagt und will es deshalb hier nicht wiederholen - die Mär vom angeblichen Personalabbau bei der Polizei, die Sie ständig verbreiten.

Herr Kruse, Sie wollten heute der Polizei unseres Landes mit Ihren Vorschlägen zur öffentlichen Ordnung wieder eine große Masse neuer Aufgaben übertragen, ohne dabei zu sagen, woher Sie das Personal dafür nehmen wollen. So geht das nicht. Sie vertreten hier eine unseriöse Politik für die innere Sicherheit. Damit locken Sie niemanden hinter dem Baum hervor.

(Beifall von Jürgen Jentsch [SPD])

Wir haben in der Vergangenheit Stellen nur dort abgebaut, wo auch Aufgaben abgebaut worden sind. Wir statten jetzt die Polizeibehörden mit zusätzlichen Stellen aus - Sie wissen es ganz genau, weil wir darüber gesprochen haben -, bei denen neue Aufgaben hinzugekommen sind. Als Beispiele nenne ich die Aufgaben auf dem Flughafen Weeze-Laarbruch und im Rahmen der Umsetzung des neuen Waffengesetzes.

Wir werden in den nächsten Jahren, meine Damen und Herren, die Polizei auch organisatorisch erneuern. Ich blicke nach rechts - meine Redezeit geht zu Ende -, ich möchte deshalb dazu nichts weiter sagen. Alles, was ich sonst zu sagen hätte, werde ich an anderer Stelle tun. Ich lade Sie an einen Hyde-Park-Corner ein. Dort können wir die Rede fortsetzen - oder an anderer Stelle im Ausschuss, wo auch immer wir aufeinander treffen.

Mit dem Zahlenwerk des Haushalts 04/05, Einzelplan 03, ist die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auch in den nächsten beiden Jahren garantiert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Behrens. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen deshalb zur **Abstimmung**, und zwar über den **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4803. Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 7** auf:

Umwelt und Landesplanung

Damit sind angesprochen der Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - und der Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4810 und 13/4808 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4913 und 13/4914 - Neudruck - sowie der Fraktion der CDU Drucksache 13/4922 zum Einzelplan 10 und den Änderungsantrag der FDP-Fraktion Drucksache 13/4937 zum Einzelplan 08.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Kollege Lindlar, CDU-Fraktion.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wasserentnahmeentgeltgesetz muss weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass in diesem Land falsche Akzente gesetzt werden, dann ist es dieses Begleitgesetz zur diesjährigen Haushaltsberatung, mit dem im Jahre 2004 116 Millionen € den Verbrauchern und der Wirtschaft in diesem Land entzogen werden sollen. In diesem Jahr werden es 126 Millionen € sein, weil ein Monat dieses Jahr schon fehlt. Etwa 126 Millionen € werden die Wasserverbraucher in den Privathaushalten und in der Wirtschaft in den nächsten Jahren pro Jahr zu zahlen haben, um einen defizitären Landeshaushalt auszugleichen.

Das ist - das hat eine große Anhörung in diesem Raum mit über 50 Expertinnen und Experten ergeben - eine Existenzgefährdung in weiten Teilen, gerade für mittelständische Industriebetriebe, insbesondere aus dem Bereich der chemischen Industrie.

Meine Frage lautet: Hat es wenigstens Sinn, wenn wir den Menschen in diesem Land, den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft so viel Geld aus der Tasche ziehen? Nein, es hat keinen Sinn, denn alle Sachverständigen bis auf zwei von den 54 haben gesagt: Dieses Wasserentnahmeentgeltgesetz, das Teurer-Machen des Wassers, führt nicht dazu, dass die Menschen weniger Wasser verbrauchen werden.

Das ist auch klar. Nordrhein-Westfalen hat schon seit Jahren die höchsten Wasserkosten - Frischwasser und Abwasser - in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben schon den ge-

ringsten Verbrauch an Wasser mit jährlich 43 m³ pro Einwohner. Da ist nicht mehr herauszuholen. Wird weniger Wasser verbraucht, wird weniger Abwasser gemacht, werden die Kosten für den Bürger nicht günstiger, weil die Festkosten für die Versorgungs- und Entsorgungsnetze so hoch sind, dass dann nur jeder Kubikmeter teurer wird. Niemand wird eine Einsparung erzielen können. Also: keine ökologische Lenkungsfunktion.

Selbst die Mehrheitsfraktionen in diesem Haus sind sich ihrer Sache nicht sicher - einschließlich des Ministeriums, was aus verschiedenen Hinweisen deutlich wird.

Erstens: Schauen Sie sich einmal die verschwiemelte Begründung an, die dem Gesetzentwurf vorangestellt ist. Da wird von Vorausleistungen für die Wasserrahmenrichtlinie, von Gewässerunterhaltung geredet - alles Mögliche wird herbeigeredet. Aber steht dem nachher eine ordentliche Zweckbestimmung gegenüber? Natürlich nicht. Das Geld wird für allgemeine Haushaltsmittel verpulvert. Es wird noch nicht einmal für das Umweltministerium verbraucht, sondern landet an ganz anderer Stelle.

Dass Sie nicht davon überzeugt sind, dass das richtig ist, sieht man auch an Ihrem ungeordneten Rückzug. Als Erstes wurde die Wassererhebung für die Landwirtschaft für die Berechnungsentgelte freigestellt. Dann hat die SPD wohl länger mit dem Gedanken gespielt, die gesamte Wirtschaft und Industrie davon zu befreien, weil es Arbeitsplätze kostet, was deutlich geworden ist. Dann hat man sich, um den Koalitionsfrieden zu retten, auf statt 5 Cent auf 4 ½ Cent geeinigt und macht nun eine derart halbherzige Lösung.

Es ist auch klar, weshalb Sie nicht davon überzeugt sind. Ich wiederhole es: Es ist überhaupt keine ökologische Umweltabsicht mit diesem Gesetz verbunden. Das sieht man daran, dass in diesem Jahr von den 116 Millionen €, die die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft für ihr Wasser bezahlen müssen, 108 Millionen € direkt in die WestLB wandern, um dort eine vorgenommene Kapitalerhöhung zu finanzieren. Das hat mit Umweltschutz nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb unser Antrag Drucksache 13/4922. Dieses Wasserentnahmeentgelt darf nicht kommen. Wir sagen noch einmal in aller Deutlichkeit fürs Protokoll: Wenn die CDU in diesem Land 2005 die Mehrheit gewinnt, wird das Erste, was wir machen, die Abschaffung dieses Gesetzes sein, wenn Sie es jetzt durchsetzen.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]:
Versprechungen!)

Zweitens: Der Haushalt des Umweltministeriums setzt falsche Akzente. Die Arbeit des Ministeriums ist von Fehlleistungen geprägt. Lassen Sie mich auch das kurz erläutern.

Erster Punkt: Ich habe eben das Wasserentnahmeentgeltgesetz angesprochen. Eine der wichtigsten Aufgaben, die wir im vergangenen Jahr hatten - und immer noch haben; denn sie ist nicht gelöst worden -, ist die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und des daraufhin umgesetzten Wasserhaushaltsgesetzes in das Landeswassergesetz. Dies hätte nach der Richtlinie bis Ende letzten Jahres passiert sein müssen. Das Ministerium hat allen Ernstes gesagt: Wir waren dazu zeitlich nicht in der Lage, weil unser Personal so sehr mit dem Wasserentnahmeentgeltgesetz beschäftigt war.

Zweite Fehlleistung: Frau Höhn, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede eine Fülle von Annahmen und Behauptungen gebracht. Sie arbeiten - auch in der Auseinandersetzung - immer wieder mit Hypothesen. Bei Ihnen fehlt völlig der Versuch, diese Aussagen, Ihre Thesen, einmal zu belegen, indem Sie Ökobilanzen auf den Tisch legen, die eine seriöse Abschätzung möglich machen.

Dass Herr Trittin beim Dosenpfand so etwas nicht tut, ist bei seiner Verfassung für mich verständlich. Es ist zwar nicht entschuldigbar; er kann aber nicht anders. Von Ihnen sind wir allerdings eigentlich gewöhnt, dass Sie die Dinge seriöser angehen. Deshalb fordern wir Sie auf, verstärkt darauf hinzuarbeiten, uns mit Ökobilanzen eine objektive Möglichkeit der Beurteilung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt: Wir haben - auch das ist aus meiner Sicht ein ganz erheblicher Mangel des vergangenen Jahres - bisher keine verwertbare Reaktion Ihres Hauses auf die EuGH-Urteile vom 13. Februar vorigen Jahres erhalten - wir sind jetzt ein Jahr weiter -, in denen der Europäische Gerichtshof entscheidende Aussagen zur Abfallverwertung, zum Einsatz von Abfällen als Energieträger und zur Mitverbrennung gemacht hat. Sie sind bisher nicht in der Lage gewesen, diese Urteile umzusetzen und über Ökobilanzen für die Abfallverbrennung eine Beurteilung möglich zu machen, damit wir wissen, ob der Einsatz von Abfall als Energieträger in Müllverbrennungsanlagen und Mitverbrennungsanlagen Sinn hat. Das zu wissen ist z. B. für die Zementindustrie in Warendorf ganz wichtig. Es gibt außerdem Auswirkun-

gen auf die Gewerbeabfallverordnung, die Sie ebenfalls nicht geregelt haben.

(Ministerin Bärbel Höhn: Nein, das ist falsch!)

Sie setzen falsche Akzente. Deshalb hat die CDU auch eigene Anträge zum Haushalt gestellt. Diese will ich kurz begründen, Frau Ministerin. Sie sagten in Ihrer Einbringungsrede zum Thema elektromagnetische Felder völlig richtig: "Es muss dringend geklärt werden, ob mit diesen Techniken ein Gesundheitsrisiko verbunden ist oder nicht."

Meine Damen und Herren, in Zeiten, in denen Kinder und Heranwachsende mit Handys auf den Straßen herumlaufen, ist es unsere verdammt Pflicht, die begleitende Forschung zu solchen Fragen so vorantreiben, dass mögliche Schäden rechtzeitig erkannt werden und ihnen vorgearbeitet wird.

Das Einzige, was Sie auf diesem Gebiet zu bieten haben, ist die Vereinbarung über den Bau von Mobilfunkantennen, obwohl jeder kundige Thebaner weiß, dass nicht die Mobilfunkantenne auf dem Dach, sondern das Handy in der Hand das Problem darstellt. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Forschungsmittel in diesem Bereich um 500.000 € zu erhöhen.

Zweiter falscher Akzent: Sie setzen im Grunde genommen immer noch auf längst bekannte, aber im Sinne des Umweltschutzes überholte Produkte. Hier nenne ich das Stichwort PIUS, produktionsintegrierter Umweltschutz. Wir müssen verstärkt in integrierte Produktionspolitik investieren, damit die Produkte bereits von der Konzeption her so geplant werden, dass sie umweltfreundlich und im besten Sinne nachhaltig sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als letzten Punkt noch etwas zum Landesplanungsgesetz sagen. Es setzt den Misserfolg dieser Landesregierung fort; denn die gegenwärtige Landesplanung und Raumordnung ist - aus dem Sozialministerium in das Ministerium für Landesplanung übertragen - das "Horstmansche Chaos".

Seit mehreren Jahren wird uns jetzt erzählt, es müsse ein neues Landesplanungsgesetz her. Seit mehreren Jahren geschieht aber nichts. Wir haben einen guten Landesplanungsbericht, auf dem man aufbauen könnte. Das Ministerium kann es also offensichtlich, der Minister kriegt es aber nicht über die Bühne. Auch in seiner Einbringungsrede zum Haushalt hat er uns wieder keinen Fahrplan genannt und nicht gesagt, wann er mit diesem Landesplanungsgesetz rüberkommen

könne. Die zwei Daten, die er genannt hatte, sind zeitlich längst überholt.

Stattdessen machen Sie mit § 23 Landesplanungsgesetz beim Metrorapid und mit § 10 Landesplanungsgesetz beim KVR einen Flickenteppich. Sie haben offensichtlich keinerlei Konzept für eine zukünftige Landesplanung in Nordrhein-Westfalen.

Sie haben selbst gesagt, Landesplanung bedeute auch die Konzentration und die Organisation des wirtschaftlichen Fortschritts. Umgekehrt heißt das: Da Sie dazu nicht in der Lage sind, verhindern Sie den Fortschritt des Landes Nordrhein-Westfalen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Axel Horstmann: Das war es?)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Lindlar. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Kasperek, SPD-Fraktion.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen des Kollegen Lindlar kann man sehr schön zusammenfassen. Darin steckte keine substantielle und nennenswerte Kritik an der von den Koalitionsfraktionen in diesem Jahr geleisteten Arbeit und an der Umsetzung durch die Landesregierung. Das wäre ja noch erträglich.

Viel schlimmer ist aber Folgendes - das muss ich leider sagen -: Eigene Ideen, eigene Akzente oder eigene Vorschläge haben Sie hier nun überhaupt nicht, in keiner Weise, gebracht. Sie haben keinen einzigen Ansatz genannt, welche neuen Akzente wir denn in der Umweltpolitik setzen oder wo wir neue Schwerpunkte legen sollten.

(Beifall von Edgar Moron [SPD] und Johannes Rimmel [GRÜNE])

Man könnte natürlich sagen: In den wenigen Minuten, die einem im Rahmen einer Haushaltsrede zur Verfügung stehen, muss man sich aufs Schimpfen konzentrieren. Das Problem ist aber, dass das nicht nur bei dieser Rede so ist. Das ist durchgehend bei Ihrer praktischen Arbeit im Unterausschuss und im Parlament so. Sie setzen leider ökologisch und umweltpolitisch keinerlei Akzente.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Worauf beschränkte sich Ihre Aussage heute Nachmittag? Sie haben das Wort EU-Wasserrahmenrichtlinie fallen lassen. Dabei wis-

sen Sie genau, dass alle vier Fraktionen ein gemeinsames Verfahren verabredet haben. Ich gehe davon aus, dass wir in den nächsten Wochen hier mit der Landesregierung zusammensitzen werden, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie die Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgen wird. Sie haben die Stichwörter Dosenpfand und Ökobilanz genannt. Eigene Vorschläge haben Sie nicht unterbreitet. Das Problem ist, dass das Dosenpfand in der jetzigen Form weder von der jetzigen Bundesregierung noch von der Landesregierung erfunden wurde, sondern auf eine Initiative der alten CDU-Regierung zurückgeht.

Womit musste somit der CDU-Abgeordnete seine Redezeit füllen? - Er hat sich auf das Thema Wassercent konzentriert. Natürlich wissen wir alle, dass der Wassercent und die damit verbundenen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft und für die Landwirtschaft ein wichtiges Thema ist. Gott sei Dank besteht jedoch die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen aus viel mehr, und zwar nicht nur von der Gesamtsumme, sondern auch von der Bedeutung her, als lediglich aus der Beschäftigung mit dem Wassercent. Weil Sie hierzu aber pointiert ausgeführt haben, will ich deutlich machen, wie unsere Haltung dazu ist.

Es stimmt nicht, wie Sie ausgeführt haben, dass Nordrhein-Westfalen die höchsten Wasserpreise hat. Nordrhein-Westfalen hat die beste Wasserqualität, keinen Mangel an Wasser, die beste Wasserversorgung in Deutschland, die beste Qualität bezüglich der Grund- und Oberflächen-gewässer, die beste Abwasserreinigung und Abwasserbeseitigung sowie den höchsten Anschlussgrad in Deutschland. Nordrhein-Westfalen unterstützt und fördert seit vielen Jahren auch neue Wege, beispielsweise hinsichtlich von Kleinkläranlagen. In diesem Bereich sind wir Vorzeigeland.

Richtig ist: Die Lenkungswirkung des Wassercent ist umstritten und nur in einigen wenigen Bereichen effektiv. Neben der Lenkungswirkung geht es hier aber auch um die Einnahmen. Das haben wir nie bestritten. Es macht keinen Sinn, sich darum herum zu drücken. Es macht aber auch keinen Sinn, Herr Kollege Lindlar, eine Schimäre aufzubauen, als würden wir den Bürgerinnen und Bürgern etwas ganz anderes erzählen. Wir haben reinen Wein eingeschenkt. Es geht auch um den Beitrag, den wir bei der schwierigen Haushaltslage von anderen erwarten. Sie verfolgen hingegen eine Verunsicherungs- und Verleumdungskampagne.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie kennen doch die Ergebnisse der Diskussionen der letzten Wochen und Monate; die Kollegin Schmid wird gleich darauf eingehen. Wir haben die Landwirtschaft und die Wasserkooperationen praktisch völlig ausgenommen. Wir haben eine deutliche Senkung für alle Endverbraucher und für das produzierende Gewerbe vorgenommen, und zwar mit einer Nettoentlastung von fast 18 Millionen € im Vergleich zum Regierungsentwurf. Man kann es sich natürlich leicht machen und sagen

(Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- lassen Sie, ich möchte meine Rede durchziehen, Herr Kollege -, dass das alles Kleinigkeiten sind.

Unter dem Strich haben wir auch zu einer deutlichen Senkung der Belastung im Kühlungsbereich in der Industrie und bei Kraftwerken beigetragen, und zwar in einer Höhe von mehr als 25 Millionen €. Wenn das nichts ist, meine Damen und Herren, dann hat man wirklich die Maßstäbe verloren. Ich finde, wir haben auch durch die Klärstellungen, durch die Härtefallregelung und durch die Gesamtentlastung einen Weg gefunden, der zwar hart ist und die Bürgerinnen und die Bürger sowie die Wirtschaft trifft, aber vertretbar ist.

Welche Akzente haben Sie gesetzt? - In Ihrer Rede keine. Sie haben lediglich einige Anträge gestellt, und diesbezüglich will ich auf zwei Aspekte eingehen.

Zum einen geht es um das Thema produktionsintegrierter Umweltschutz. In diesem Bereich marschieren die Oppositionsfraktionen in zwei unterschiedliche Richtungen. Die CDU beantragt eine leichte Erhöhung der Mittel für den produktionsintegrierten Umweltschutz, während die FDP-Fraktion beantragt, in diesem Bereich die Mittel zu kürzen. Ich kann nur sagen, dass wir eher auf der CDU-Seite sind, weil das Reparieren am Schornstein kein wirklich innovativer Weg ist, sondern man muss Produktion, Dienstleistungen und industrielle Tätigkeit so organisieren, dass möglichst wenig Abfall, Abgase oder Ähnliches entsteht und alle ökologischen Aspekte integriert sind. Hier rennen Sie bei uns offene Türen ein.

Sie wissen doch ganz genau, dass wir hier für die Jahre 2004 und 2005 im mehrstelligen Millionenbereich Schwerpunkte setzen, z. B. beim produktionsintegrierten Umweltschutz mehr als 5 Millionen € sowie bei der Förderung der Effizienzagentur und bei der Altlastensanierung und Altlastenaufarbeitung, was ja auch ein Teil des Reparaturbereichs ist. Bei der Zusammenarbeit zwischen Ökologie und Wirtschaft setzen wir also Akzente.

Hierzu brauchen wir nicht Ihre Anträge, also werden wir diese ablehnen.

Die Kollegen der FDP haben noch einen draufgesetzt. Bei der Reduzierung der Einnahme der Abwasserabgabe haben Sie sich leider vertan. Sie schreiben etwas von 137 Millionen €; tatsächlich sind es aber 71 Millionen €. Ich kann nur sagen: Sich um 66 Millionen € zu verrechnen, ist eine Dimension, die man sich vielleicht als FDP-Politiker erlauben kann. Wir, die wir seriöse Politik betreiben wollen, können das nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zum Abschluss will ich Folgendes sagen: Wir haben in der Vergangenheit und wir werden auch in Zukunft in der Umweltpolitik noch andere Schwerpunkte setzen, die in vielen Punkten weitaus bedeutender sind. Beispielsweise haben wir uns intensiv mit dem Thema der EU-Chemikalienpolitik beschäftigt. Wir haben hier eine intensive Diskussion darüber geführt, wie nötige und erforderliche Schutzbedürfnisse der Bevölkerung mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit in Einklang gebracht werden können. Wir sind gemeinsam mit der Bundesregierung, dem VCI und der IG BCE zu weit reichenden Forderungen gekommen, die schon dazu geführt haben, dass die EU-Vorlage deutlich verändert wurde.

Das Planspiel der Landesregierung, das hier vor einigen Tagen vorgestellt wurde und in eineinhalb Wochen in Brüssel vorgestellt wird, zeigt noch einmal, wie kompliziert das bisher vorgedachte Verfahren ist und dass es erforderlich ist, weitere Veränderungen in Gang zu setzen. Wir sind ein Stück vorangekommen, aber hier geht es weiter.

Das ist genauso ein Beispiel wie produktionsintegrierter Umweltschutz, wie unsere Überlegungen zum Agenda-Prozess und wie unsere Forderungen im Rahmen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, wo es darum geht, ökologische Ziele, Ziele der Arbeitsplatzhaltung oder Arbeitsplatzschaffung und wirtschaftliche Ziele zusammenzuführen. Diese Aspekte zusammenzubringen, ist wahre Nachhaltigkeit. Auch wenn es in der Energiepolitik darum geht, Klimazertifikate auszustellen, werden wir diese Nachhaltigkeit praktizieren und realisieren. Hier stehen wir genauso in der Diskussion, dass wir ökologisch richtige, aber vor allen Dingen ökonomisch unschädliche Wege gehen müssen.

Das gilt ebenso für die gesamte Landesplanung und Raumordnung. Dort liegen Sie auch falsch, Herr Kollege. Wir haben im Rahmen der KVR/RVR-Diskussion mit der Öffnung der Landesplanung im Rahmen des regionalen Flächennut-

zungsplanes einen Meilenstein gesetzt. Mit mehr Kommunalisierung und Abschaffung einer Ebene erweisen wir dem Land einen großen Dienst.

In dem Sinne wird die SPD-Landtagsfraktion sowohl dem Einzelplan 10 als auch dem Einzelplan 08 zustimmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Kasperek. - Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer! Als Umweltpolitiker guckt man natürlich unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit in den Haushalt: Ist er ökonomisch vertretbar? Ist er ökologisch verantwortbar? Ist er sozial akzeptabel? Das heißt u. a. hinsichtlich der ökonomischen Dimension: Werden die Standortbedingungen für Nordrhein-Westfalen im nationalen und globalen Wettbewerb verbessert? Können wir Arbeitsplätze sichern oder gar neu schaffen? Ökologisch: Können wir eine lebenswerte Umwelt erhalten? Sozial möchte ich auf den Begriff Generationengerechtigkeit eingehen.

Was will uns die rot-grüne Landesregierung mit diesem Haushalt sagen?

Erstens. Eine ökonomische Forderung dieser Landesregierung ist: Nordrhein-Westfalen soll das Energieherz der Bundesrepublik Deutschland bleiben. Jawohl, dem stimme ich zu.

Zweitens ist es wohl eine Tatsache, dass die heimische Steinkohleförderung und ihre Verstromung vor Ort wesentlich schneller zu Ende gehen werden, als wir uns das heute vorstellen.

Drittens. Der Kraftwerkspark in Nordrhein-Westfalen bedarf in den nächsten 20 Jahren einer Erneuerung ungeahnten Ausmaßes.

Wenn wir das Energieherz in Europa bleiben wollen, müssen wir uns fragen, was diese Landesregierung dazu bringt, hier dieses Wasserentnahmeentgelt einzuführen. Es kann doch wohl nicht richtig sein, ein Wasserentnahmeentgelt einzuführen, um die Energiewirtschaft davon abhalten zu wollen, ihren neuen Kraftwerkspark eventuell in Küstennähe zu bauen.

Meine Damen und Herren, nicht an den Worten, sondern an den Taten soll man diese Regierung messen. Da hilft auch nicht die Ausrede der Koalitionsfraktionen, dass auch andere Bundesländer

das Wasserentnahmeentgelt haben. Das ist richtig, aber andere Bundesländer haben nicht unsere Arbeitslosen und unsere Strukturprobleme und wollen auch nicht das Energieherz Deutschlands bleiben. Im Übrigen schafft Hessen die Wassersteuer gerade ab.

Über die Begründung zur Einführung dieser Steuer ist Rot-Grün schon in sich uneins. Frau Höhn sagt in ihrer Vorstellungsrede, dass ökologische Gründe und EU-Vorgaben greifen müssten. Das lässt sich nicht nachweisen. Finanzminister Dieckmann ist da ehrlicher. Er sagt: Ich will Geld haben, ich brauche das. In Ordnung! Das finde ich nicht richtig, das kann man aber nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, schlimm finde ich Folgendes: Umweltschutz ist ein positiver Begriff. Die Bevölkerung hat akzeptiert, dass Umweltschutz Geld kostet. Vorzugeben, die Wassersteuer sei eine zwingende EU-Vorgabe und aus ökologischen Gründen notwendig, ist eine inhaltliche Bankrotterklärung, eine Farce und unredlich. Hier soll unter dem Deckmantel Umweltschutz - positiv in der Bevölkerung besetzt - Geld in die Landeskassen gespült werden. Die Anhörung zur Wassersteuer am 19.12.2003 hat es deutlich gemacht: Bis auf die Kostgänger des Umweltministeriums - Verbraucherberatung und anerkannte Naturschutzverbände - hat kein einziger gesagt: Diese Wassersteuer ist vernünftig, sie hat eine vernünftige Lenkungswirkung und ist verantwortbar. Alle Beteiligten haben gesagt: Das ist Unsinn, das lässt sich überhaupt nicht rechtfertigen.

Meine Damen und Herren, wer die Konsequenzen der Wassersteuer für den Standort Nordrhein-Westfalen abschätzen will, muss sich nur an diese Expertenanhörung erinnern. Die GEW Rheinenergie hat gerade ein GuD-Kraftwerk in Köln errichtet - 250 Millionen € Investition - und in dieser Anhörung gesagt: Hätten wir vorher von der Wassersteuer gewusst, wäre die Entscheidung nicht so gefallen.

Meine Damen und Herren, das lässt mich nur sagen: Im Wettbewerb der Bundesländer hat NRW verloren. Den Unternehmen wird es immer schwerer gemacht, sich für den Standort Nordrhein-Westfalen zu entscheiden. Das Ausbleiben von Neuansiedlungen geschieht lautlos. Da hat Frau Höhn Recht. Sie sagt: Wo sind denn die Firmen, die abwandern? - Sie wandern nicht ab, sondern kommen nicht her und investieren hier nicht neu. Das ist das Schlimme; denn die Wassersteuer muss aus den Unternehmensgewinnen bezahlt werden. Umweltschutzmaßnahmen auf freiwilliger Basis werden verschoben, Neuansiedlungen unterbleiben. Wie will man die Kraftwerksindustrie

und die Elektrizitätswirtschaft gewinnen, hier in Nordrhein-Westfalen neue Kraftwerke zu bauen?

Meine Damen und Herren, der Höhepunkt der Rosstäuscherei ist die Presseerklärung der Koalitionsfraktionen: "Koalition einig beim Wassercut - Verbraucherinnen und Verbraucher entlastet". Erst werden 5 Cent gefordert, dann gibt es 10 % Rabatt, und das nennt man dann Nettoentlastung für die Verbraucher. Das ist Rosstäuscherei, Unredlichkeit und Zynismus - eigentlich auch Ihrer, Herr Dr. Kasperek, nicht würdig.

Wir haben auch bei der Abwasserabgabe Wundersames erlebt. Herr Dr. Kasperek, Wissen ist Macht, Nichtwissen macht nichts. Das ist Ihr Motto. In der zweiten Ergänzungsvorlage steht nämlich deutlich die wundersame Vermehrung der Abwasserabgabe von 71 Millionen € auf 137 Millionen €. Ich habe mich gerade noch einmal beim Finanzminister versichert. Das ist zwar klein gedruckt, aber gleichwohl haben Sie nicht den Durchblick. Deswegen wäre ich mit solchen Äußerungen, wie Sie sie hier getan haben, etwas vorsichtiger.

Meine Damen und Herren, wenn hier vorher bis zum November noch 71 Millionen € gestanden hätten und es ein Fehler gewesen wäre, wäre es redlich gewesen, Frau Ministerin, dass Sie gesagt hätten: Da ist ein Fehler unterlaufen. - Jetzt setzen Sie 137 Millionen € ein, ohne etwas zu sagen. Entweder war es nicht richtig, dass Sie nicht Bescheid gesagt haben, oder der Finanzminister will schönrechnen. Für eine dieser beiden Alternativen muss ich mich entscheiden. Beide Alternativen stehen dem Begriff Solidität und Redlichkeit diametral entgegen.

Um das Geld, das der Wirtschaft mit der Abwasserabgabe entzogen wird, auszugeben, hat es eine wundersame Vermehrung der Versuche und Untersuchungen gegeben. Auch hier in der zweiten Ergänzungsvorlage von 2,3 Millionen € auf 10 Millionen €, EDV-Ausstattung: vorher null, jetzt 2 Millionen €.

Dabei müssen Sie sich noch vor Augen halten, dass die Ausgabereise bei der Abwasserabgabe in einer Größenordnung von 300 Millionen € bestehen. Das heißt, wir haben 300 Millionen € von der Wirtschaft auf der Zwangssparkasse liegen, sie können nicht ausgegeben werden. Das ist in Bezug auf 71 Millionen € das Vierfache, das ist in Bezug auf 137 Millionen € immer noch mehr als das Zweifache eines Jahresaufkommens. Das nehmen Sie hier in die Haushaltsberatungen mit hinein und sprechen von Solidität. Das ist Management by Chaos, nichts anderes. Im Übrigen

stelle ich mir die Frage: Wer profitiert von den Zinsen, die hier auf den Landeskonto lagern?

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir gesagt: um 35 Millionen € die Abwasserabgabe reduzieren. Das ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Der soziale Aspekt im Sinne der Nachhaltigkeit hat etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Die aus unserer Sicht verfehlte Bildungs- und Haushaltspolitik ist schon ein Grund, diese Generationengerechtigkeit anzuprangern, denn diese Landesregierung wird der Freiheitsentscheidung der zukünftigen Generation eben nicht gerecht.

Dabei stellt sich für mich auch die Frage, inwieweit es der Generationengerechtigkeit entspricht, mit den erheblichen Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt so umzugehen, dass den nachfolgenden Generationen kaum noch Entscheidungsspielräume bleiben. Geld ist vorhanden, doch wir müssen uns fragen: Wofür geben wir es aus?

Frau Ministerin, Sie setzen gern auf Ideologie statt auf zukunftsorientierten effizienten Mitteleinsatz. Sie wollen lieber Veröffentlichungen zu umweltspezifischen, frauenpolitischen Themen, zielgruppenorientierte Kommunikation von Umweltgefahren - da wird mit der Angst der Menschen Politik gemacht - oder Waldpolitik unter Gender-Gesichtspunkten, statt in Zukunftstechnologien wie z. B. eine faire Behandlung der grünen Gentechnologie zu investieren.

Mit der Angst der Menschen Politik zu machen, wie es hier geschieht, halte ich für unmenschlich. Ich bin zutiefst überzeugt, dass diese Art dazu führen wird - ich mahne es an -, dass wir in solchen Zusammenhängen auch eine Wertediskussion darüber führen müssen, was Politik darf und was nicht.

Wenn ich über effizienten Mitteleinsatz und Generationengerechtigkeit spreche, muss ich natürlich auch über die Personalquote sprechen. Wenn wir Länderarbeitsgemeinschaften Wasser, Boden, Abfall usw. haben, dann sollten deren Ergebnisse eigentlich verpflichtend sein und nicht immer von einzelnen Ländern sehr stark modifiziert werden können.

Ich will gar keinen Hehl daraus machen, dass es aus meiner Sicht richtig ist, den Umweltbereich in der Kompetenz von den Ländern zum Bund zu verlagern. Denn wer kann es als ausländischer Investor irgendwie nachvollziehen, dass wir in Deutschland 16 verschiedene Landeswassergesetze, 16 verschiedene Durchführungsverordnungen

und Verwaltungsvorschriften haben? Nein, hier könnten diese Länderarbeitsgemeinschaften zu einer Vergleichmäßigung gelangen; hier könnte man etwas Vernünftiges machen. Allerdings sollten diese Ergebnisse der Länderarbeitsgemeinschaften auch parlamentarisch überprüft werden können. Hier müssen sich die Länderarbeitsgemeinschaften umstrukturieren; dann können wir in den einzelnen Ländern auch Personal sparen.

Meine Damen und Herren, dies ist ein Umwelthaushalt, der dem Begriff der Nachhaltigkeit nicht gerecht wird; denn er ist ökonomisch nicht verantwortlich - siehe Wassersteuer -, ökologisch ideologisiert - Stichwort "Abwasserabgabe" oder "Gentechnik"; dazu wird der Kollege Becker gleich noch etwas sagen - und sozial nicht akzeptabel hinsichtlich Arbeitsplätzen und mangelnder Generationengerechtigkeit. Diese Beweisführung ist für eine Umweltministerin eigentlich vernichtend. Wir lehnen den Umwelthaushalt ab.

Landesplanung! Ich habe nur noch eine Minute. - Ach, Herr Horstmann, was soll man zur Landesplanung derzeit sagen? Still ruht der See. Die strategische Aufgabe Landesplanung, neue Ideen zu entwickeln, zu operationalisieren, zu moderieren, sie durchsetzungsfähig zu machen und auch bei der Durchsetzung zu helfen - das alles ruht derweil. Die Landesplanung hatte eine Chance - ich weiß, wovon ich rede -, und sie hat auch eine Chance wahrgenommen in Ihrem Ministerium, Frau Höhn. Das gebe ich offen zu.

(Zuruf von Ministerin Bärbel Höhn)

Die Landesplanung hatte eine Chance in der Staatskanzlei unter dem Brigadier Adamowitsch. Die Landesplanung hätte eine Chance gehabt unter dem kundigen Thebaner Kuschke. Aber dem Lenker unserer Organisationsgewalt, dem Ministerpräsidenten Steinbrück, hat es gefallen, an ein halbes Wirtschaftsministerium die Landesplanung anzuf lanschen.

Bei aller persönlichen Sympathie muss ich sagen: Ich befürchte, Herr Minister - ich erinnere an die vollmundigen Ankündigungen zum Landesplanungsgesetz, die aus Ihrem Hause gekommen sind -, und bedauere es zutiefst, dass der Bereich Landesplanung die Misserfolge Ihrer Karriere nur fortsetzt.

Forensik - das war nichts. Metrorapid - das war nichts. Transrapid - war nichts. Metro-Express - ich befürchte, das wird auch sehr schwierig werden. Letztes Jahr wurde gesagt: 2003 kommt das Landesplanungsgesetz, dann werden wir das vorlegen. Das war auch nichts.

Nein, meine Damen und Herren, ich finde es schade, denn die Landesplanung kann mehr als nur reagieren. Sie kann gestalten und innovative Ideen nach vorne bringen. Die Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Bezirksregierungen und im Ministerium können das. Schade, dass man deren Engagement nicht nutzt. Schade um die Landesplanung. - Ich danke.

(Beifall bei der FDP - Minister Dr. Axel Horstmann: Euphorischer Beifall!)

- Es kommt auf die Qualität an.

(Ministerin Bärbel Höhn: Was soll ich dazu sagen?)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Ellerbrock. - Das Wort hat der Abgeordnete Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch in der Umweltpolitik - und gerade, wenn es darum geht, den Einzelplan 10 zu diskutieren - ist es sehr sinnvoll, wenn man sich anhand der konkreten Vorlage in eine Diskussion begibt, d. h., dass man mit beiden Füßen auf der Erde steht und keine virtuellen Scheindiskussionen führt.

Wir diskutieren einen Landeshaushalt bezogen auf den Bereich der Umwelt mit bestimmten Schwerpunkten. Es ist schon bezeichnend, dass sich die beiden Redner der Opposition nicht an diesen Schwerpunkten orientiert haben. Es hat ein allgemeines Sammelsurium von Angriffen auf die Landesregierung, auf die Ministerin gegeben mit verschiedenen Einzelpunkten; aber ein Gesamtkonzept war dahinter nicht erkennbar. Ich erwarte von einer Opposition - sowohl von der CDU als auch von der FDP -, dass sie sich mit den Grundkonstanten dieses Haushaltes im Einzelplan 10 auseinander setzt. Da muss ich feststellen, dass das weder in den Ausschussberatungen passiert ist noch heute hier im Parlament passiert.

Was sind die Schwerpunkte des Umwelthaushaltes? Weil die Opposition das nicht erwähnt hat, muss man es hier noch einmal vor Augen führen, damit klar ist, worüber wir reden.

Ein großer Schwerpunkt des Umwelthaushalts ist die Agenda-21-Arbeit in Nordrhein-Westfalen, eine erfolgreiche Strecke, die wir abgeschlossen haben, vorläufig mit einem großen Kongress, an dem wir alle teilnehmen durften, mit einem langen Partipationsprozess auch gesellschaftlicher Gruppen. Ich glaube, man muss unterstreichen, dass

das eine erfolgreiche Strecke ist. Wir wollen diese Arbeit jetzt gemeinsam - so hoffe ich jedenfalls - fortsetzen, um sie auch dauerhaft zu implementieren. Ich erwarte da im Übrigen auch die Unterstützung der Opposition bei einem solchen wichtigen Prozess für Nordrhein-Westfalen.

Ein zweiter großer Schwerpunkt ist die Frage der Implementierung von nachhaltigem Wirtschaften in Nordrhein-Westfalen. Da stehen Mittel im Haushalt bereit. Offensichtlich streiten wir darüber, wie die künftige Ausgestaltung sein soll. Aber es ist ein wichtiger Schwerpunkt, grüne Ideen mit schwarzen Zahlen zu verbinden. Ich glaube, wir können uns mit den Instrumentarien, die wir in Nordrhein-Westfalen jetzt über vier, fünf Jahre entwickelt haben, auch bundesweit sehen lassen. Das ist eine einmalige Konstellation zur Förderung gerade nachhaltigen Wirtschaftens, um auch dauerhaft den Gedanken des Umweltschutzes in den Unternehmen zu implementieren und zu zeigen, dass man damit auch Geld verdienen und Profite erwirtschaften kann.

Ein großer Schwerpunkt des Landeshaushalts im Sinne der Nachhaltigkeit ist natürlich auch der Schutz der Ressourcen, insbesondere der Wasserschutz und der Hochwasserschutz. Hierfür werden die Investitionen - das hat bisher niemand erwähnt - in diesem Landeshaushalt sogar noch einmal gesteigert. Der Schutz vor Hochwasser, gerade mit Blick auf die Ereignisse, die wir in vergangenen Jahren erleben mussten, ist ein wichtiger Ansatz auch für Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir also über die wichtigen Aspekte im Umwelthaushalt diskutieren, kann man die von mir erwähnten Schwerpunkte nicht außer Acht lassen. Ich erwähne auch noch die Luftreinhaltung. In den nächsten Jahren wird durch die Umsetzung der EU-Luftreinhalte-Richtlinie noch einiges auf uns zukommen. Das Gleiche gilt für den Bereich Lärm.

Das sind wichtige Felder im Umwelthaushalt, zu denen es lohnen würde, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen.

Was erleben wir stattdessen? Einen Husarenritt des geschätzten Kollegen Lindlar durch die gesamte Umweltpolitik. Ich würde mir manchmal wünschen, wir würden mehr auf der Ebene solider Handwerkerinnen und Handwerker miteinander diskutieren. Das ist vielleicht langweiliger; aber die Auseinandersetzung würde es zumindest lohnen. Ich mache das an einigen Beispielen deutlich, die Sie uns von diesem Rednerpult aus vorgehalten haben.

Stichwort: Mobilfunk. Statt zu fordern, 500.000 € für Untersuchungen zusätzlich einzustellen, würde ich mir wünschen, wenn Sie denn ein Herz für die Frage "Strahlenbelastung durch Mobilfunk" haben: Lassen Sie die Position, die Sie hier entwickelt haben, auf der Bundesebene einfließen. Wenn sich da die Position der CDU im Bund ändern würde und wir gemeinsam auf der Bundesebene dazu kommen würden, die Grenzwerte zu senken, wären wir ein ganzes Stück weiter. Da kann auch die CDU im Bund einen großen Schritt vorangehen. Es nutzt wenig, wenn wir hier weiter untersuchen. Ich glaube, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse insoweit vorhanden sind, dass wir in der Frage der Grenzwerte entscheiden könnten. Da könnten wir ja zusammenkommen. Dazu ist aber dann Ihre Initiative möglicherweise auf einer anderen Ebene notwendig.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Rimmel, möchten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Lindlar beantworten?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Gerne.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Rimmel, was halten Sie von der Einstellung, dass man zunächst immer versucht, die Dinge zu beeinflussen, die man selber beeinflussen kann, bevor man sie auf andere schiebt? Sie haben, genau wie wir alle hier, bei Ihrer Verpflichtung vor dem Haus gesagt, dass Sie sich in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen verpflichtet fühlen. Warum kann man da nicht Forschung auch in Nordrhein-Westfalen machen, um unsere Kinder zu schützen oder sicher zu sein, dass sie geschützt sind?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Lindlar, es gilt immer der Grundsatz, dass wir vor der Tür kehren, vor der wir verantwortlich sind. Die Tür, vor der es mit den Grenzwerten zu kehren gilt, ist auf der Bundesebene. Das haben wir hier nicht zu klären. Wir würden uns das wünschen. Und wenn wir uns das gemeinsam gegenüber dem Bund wünschen würden, dann wäre das umso besser. Wir kehren vor der Tür, vor der wir hier zu kehren haben, und da haben wir, glaube ich, unsere Hausaufgaben mit den Möglichkeiten, die wir hier in Nordrhein-Westfalen haben, gemacht. Da nützt es nichts, weiter zu forschen. Wenn es unser gemeinsames Ziel ist, die Grenzwerte zu verändern, dann ist das schön. Das können wir vielleicht

auch protokollarisch festhalten. Lassen Sie uns dann in diese Richtung marschieren.

Der zweite Punkt, den Sie erwähnt haben: die Frage der integrierten Produktpolitik. Auch das ist überhaupt kein umstrittenes Thema. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten. In der Tat ist es richtig, dass jetzt die Aufgabe ansteht, nach produktintegriertem Umweltschutz zu einer integrierten Produktpolitik zu kommen. Das Problem ist nur - da muss man auch sachlich bleiben -, dass es zurzeit auf der EU-Ebene nicht weitergeht. Wir könnten - und das machen wir auch in vielen Bereichen - mit Modellprojekten vorangehen. Aber der große Rahmen wird durch die EU gesetzt, und da hakt es im Moment. Wenn wir in diese Richtung gemeinsam vorangehen würden, wäre das ein guter Schritt. Aber bleiben Sie auf den Ebenen, auf denen wir ansetzen müssen.

Präsident Ulrich Schmidt: Würden Sie Herrn Lindlar noch eine Chance geben?

Johannes Rimmel (GRÜNE): Zu der Thematik integrierte Produktpolitik? - Bitte schön.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Herr Lindlar.

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Kollege Rimmel, ich freue mich ja, dass Sie gesagt haben, ich hätte nichts zum Haushalt gesagt, und dass Sie uns jetzt immer wieder zustimmen und sagen, über die Anregungen könnten wir uns unterhalten.

Darf ich Sie noch einmal abseits der Thematik Grenzwerte fragen: Wie reagieren Sie innerlich auf Filmberichte von seriösen Sendern, die Gefahren z. B. des Elektro-Smogs in der Nähe von Eisenbahntrassen oder im Zusammenhang mit Handys oder anderen Geräten beschreiben? Wären Sie nicht ruhiger, wenn Sie aufgrund von Forschungsergebnissen in diesem Land wüssten, dass diese Probleme weniger dramatisch sind, als sie dargestellt werden?

Johannes Rimmel (GRÜNE): In der Tat beunruhigen mich manche Darstellungen. Es ist immer die Frage, wie die Chancen und die Risiken aussehen. Wir sind dafür, insbesondere die Risiken zu beleuchten. Das ist überhaupt keine Frage, wenn wir an dieser Stelle konform gehen. Aber der entscheidende Punkt ist doch, die Grenzwerte zu senken. Das ist aber nicht unsere Baustelle. Da komme ich wieder auf denselben Punkt.

Ich würde gern bei der Frage "integrierte Produktpolitik" fortfahren. Da ist es in der Tat richtig, dass

wir gerade bei den Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen Modellprojekte für eine gesamte Branche entwickeln müssen, zu einer integrierten Produktpolitik zu kommen. Wir würden uns das wünschen, beispielsweise mit der Automobilindustrie oder der Zulieferindustrie für den Automobilsektor in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt einige Hersteller, die sich bereits auf diesem Weg befinden, so wie einige, die noch dorthin kommen müssen. Angesichts dessen ist es richtig, ein Programm an der Hand zu haben, Mittel und eine Agentur, die genau diesen Weg beschreiten.

Noch ein Satz - gut gebrüllt Löwe - zum Wasserentnahmegesetz: Ich wünschte mir, Sie würden Ihre Rede mit den Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg austauschen, wo es um das Wasserentnahmeentgelt intensive Debatten gegeben hat. Dort sind CDU und FDP an der Regierung, aber das Entgelt ist nicht abgeschafft worden. Vielmehr gab es im letzten Jahr sogar noch einen Austausch darüber, das Entgelt zu erhöhen. Wir haben das Thema bei uns in Nordrhein-Westfalen zeitig und sachgerecht gestaltet.

An dieser Stelle gibt es darüber hinaus einige Zusammenhänge, die mir nicht klar sind: Einerseits fordern Sie, dass die EU-Wasserrahmenrichtlinie zügig umgesetzt wird. Andererseits sprechen Sie sich gegen das Wasserentnahmeentgelt aus. Sie wissen doch genau: Wenn man die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzt, wird es zukünftig zu vermehrten Kosten kommen, weil Maßnahmenpläne erforderlich werden, die Geld kosten. Man kann eine Richtlinie nicht umsetzen und Maßnahmenpläne entwickeln, ohne gleichzeitig Finanzmittel bereitzustellen.

Auf diese Problematik gehen wir im Gegensatz zu Ihnen ein und fordern über einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, dass ein deutlicher Verweis ins Gesetz aufgenommen wird, nach dem die Mittel zukünftig für Aufwendungen einzusetzen sind, die sich aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie ergeben. In diesem Jahr haben wir erste Schritte unternommen. Über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen haben wir bereits im Ausschuss diskutiert und werden ihn hier - hoffentlich mit Ihrer Zustimmung - in zweiter Lesung verabschieden.

Meine Damen und Herren, es ist bedauerlich, dass wir im Umweltausschuss die Anträge der Opposition nicht intensiv diskutieren können. Die Opposition war offensichtlich erst hier im Parlament bereit und arbeitsfähig, zwei oder drei kleinere Änderungsanträge zu stellen. Sie ist ins-

gesamt aber keine Alternative zu dieser Landesregierung. Deshalb erwarte ich auch die Zustimmung der Opposition zum Einzelplan 10. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Kollege Rimmel. - Das Wort hat Frau Ministerin Bärbel Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen haben - auch soweit es die Opposition angeht - eine neue Qualität. Herr Lindlar, die Arbeitsteilung, die Sie vonseiten der CDU praktizieren, empfinde ich schon als grotesk. Heute Morgen trat Herr Diegel als Beißer auf, der nur dadurch klar kam, dass er glaubte, einen Überraschungscoup landen zu können, während Sie jetzt versuchen, sich als Seriöser zu gerieren.

Ich werde alle Argumente von Herrn Diegel auseinander nehmen. Als erstes "schlimmes Beispiel" hat er ein Sondermüllprojekt in Marokko angeführt. Dazu sage ich: Dieses Projekt ist gut, weil wir gerade im Abfallbereich zukünftig immer mehr Auslandsinvestitionen für NRW-Firmen akquirieren wollen, weil das die Arbeitsplätze hier sichert. Außerdem hat dieses Projekt bereits im Jahre 2003 stattgefunden. Herr Diegel ist ein Jahr zu spät gekommen. Das war die erste Ente.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Die Staatsjagd ist eine Geschichte aus Absurdistan, auf die ich in meinem nächsten Redebeitrag, in dem es um das Thema Jagd geht, eingehen. Dass sich Herr Diegel auf ein solches Niveau herablässt, hätte ich - ehrlich gesagt - bisher nicht erwartet.

Herr Ellerbrock, für Sie gilt dasselbe: Sie stellen sich hier immer gerne als seriös und noch seriöser hin. Was aber machen Sie? - Heute Morgen ist eine Presseerklärung von Ihnen erschienen, in der nachgelesen werden kann, ein Mitarbeiter aus meinem Ministerium habe einen persönlichen externen Berater auf der Basis von 1.000 € pro Tag beschäftigt, und Sie hätten gerne gewusst, was die Ministerin dazu sagt.

Das erfahre ich zuerst über die Presse, und dann kommt irgendwann der Brief. Das ist die Art und Weise, in der Sie Politik betreiben. Eine solche Qualität habe ich bei Haushaltsberatungen noch nicht erlebt.

(Holger Ellerbrock [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Das ist wirklich eine Unverschämtheit.

Wir haben im Laufe der Zeit, die uns zur Verfügung stand, versucht, den Zusammenhang zu recherchieren. Mit Ihren 1.000 € pro Tag landen Sie bei ungefähr 20.000 € pro Monat. Es gibt aber nur ein einziges Projekt, von dem wir noch nicht einmal genau wissen, ob es an diese Größenordnung heranreicht. Das wären - wenn sie überhaupt infrage kämen - die Experten, die im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie mit uns arbeiten. Dabei handelt es sich um das größte EU-Projekt, das es je gegeben hat. Das ist allerdings keine persönliche Beratung für den Abteilungsleiter IV, sondern etwas, das alle Länder machen müssen. Wir auch.

Herr Ellerbrock, die Art und Weise, wie Sie hier vorgegangen sind, finde ich unerträglich - das muss ich Ihnen ehrlich sagen -, und das hatten wir bisher nicht. Bei jemandem wie Ihnen, der sich immer so seriös hinstellt, bekommt das - wenn Sie so arbeiten, wie Sie es getan haben - eine ganz andere Qualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage durch den Kollegen Ellerbrock?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, dann müssen Sie aber auch die Uhr anhalten.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Ministerin, ich habe Ihnen einen Brief geschrieben, von dem ich allerdings nicht weiß, wann er Ihnen zugestellt worden ist. Er ist zumindest rechtzeitig herausgegangen. Weil jemand in diesem Bereich auch recherchiert, habe ich - das ist auch über unsere Pressestelle so vermittelt worden - deutlich gesagt, dass ich wissen wolle, ob das zutrifft. Ich habe das nicht als Tatsache hingestellt, sondern als Frage formuliert, inwieweit das zutrifft.

Sie wissen, dass ich gerne ungerechtfertigten Befürchtungen und Anschuldigungen sachgerecht begegne. - Manchmal dauert es leider auch in Ihrem Hause etwas länger, bis Briefe beantwortet werden. Ich warte im Zusammenhang mit der Frage über Ermittlungsakten, die Sie angefordert hatten, um Abfallentsorgungspläne zu überprüfen,

immer noch auf eine Antwort auf meine Anfrage von Anfang Dezember.

Vizepräsident Jan Söffing: Herr Kollege, formulieren Sie bitte eine Frage.

Holger Ellerbrock (FDP): Sind Sie bereits, dies zur Kenntnis zu nehmen?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Ellerbrock, wir haben neben dem Faxgerät gestanden und auf Ihren Brief gewartet. Schneller geht es nicht. Deshalb ist das, was Sie gemacht haben, schon eine Unverschämtheit: Zunächst formulieren Sie einen Sachverhalt als Frage und lassen ihn am Morgen während der Haushaltsberatungen über dpa laufen. Nachmittags kommt der Brief an. Das ist die Art und Weise, in der die FDP - weil sie inhaltlich nichts mehr zu bieten hat - zunehmend mit Dreck schmeißt. Das ist, ehrlich gesagt, eine neue Negativqualität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Lindlar, jetzt zum Wasserentnahmeentgelt, dem Hauptthema Ihrer Rede. Es ist schade, dass wir nicht über die inhaltliche Arbeit in meinem Ministerium gesprochen haben. Es hätte Ihnen gut angestanden, das zu tun. Im Übrigen, Herr Ellerbrock, auch an der Stelle argumentieren Sie ganz seltsam und behaupten, ich hätte das Wasserentnahmeentgelt als zwingende EU-Vorgabe dargestellt. Dieses Zitat hätte ich von Ihnen gerne einmal nachgewiesen. Tatsächlich habe ich aber Herrn Pützhofer zitiert, einen CDU-Oberbürgermeister, der gesagt hat: Wenn wir die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen wollen, dann brauchen wir die Einnahmen aus der Erhebung des Wasser-Cents.

Genau diese Aussage habe ich zitiert, nicht mehr und nicht weniger. Dass wir jetzt ein Wasserentnahmeentgelt einführen, weil die EU uns das vorschreibt, ist falsch. Wir müssen die Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, und dafür brauchen wir Geld. Deshalb freue ich mich sehr, dass die Neuregelung des Wasserentnahmeentgelts die Möglichkeit schafft, Gelder genau für diesen Bereich der Wasserrahmenrichtlinie verwenden zu können. Herzlichen Dank für die Änderungen, die die Fraktionen hier vorgenommen haben.

Herr Lindlar, ich möchte übrigens noch etwas zu den Untersuchungen von Handys sagen. Das Ministerium beteiligt sich seit zwei Jahren an einer internationalen Studie, die speziell die Strahlung von Handys untersucht. Das ist eine WHO-Studie.

Das heißt, Ihr Antrag kommt zwei Jahre zu spät. Wir machen das deshalb, weil alle Experten sagen, man müsse dazu eine internationale Studie durchführen. Es reiche nicht, nur ein kleines Gebiet wie NRW herauszugreifen. Deshalb haben wir uns daran beteiligt. Das ist eine langfristig angelegte Studie, die noch bis 2005 läuft und ab 2006 ausgewertet wird. Das ist der einzige Weg, wie wir über einen auch aus unserer Sicht sehr sensiblen Bereich verlässliche Daten bekommen können. Seit zwei Jahren arbeiten wir daran.

Auch beim integrierten Umweltschutz sind wir aktiv. Im letzten Jahr haben wir z. B. in Essen im red dot design museum eine Veranstaltung zu IPP durchgeführt. Das wissen Sie auch. Wir haben in diesem Bereich erstmals einen Sonderpreis vergeben. Also auch hier machen wir schon viel und müssen nicht erst dazu aufgefordert werden.

Zu den anderen Bereichen. Zum Beispiel entwickeln wir momentan gemeinsam mit der chemischen Industrie ein Branchenkonzept: Wie kann man Abfall einsparen? Wie kann man Wasser einsparen? Darüber hinaus ist es natürlich auch wichtig, Energie einzusparen. Wir arbeiten an diesem Punkt nicht nur mit der chemischen Industrie, sondern auch mit Galvanikbetrieben und Feuer- verzinkereien zusammen.

Darüber hinaus stellen wir mit ÖKOPROFIT, mit dem PIUS -produktionsintegrierter Umweltschutz-, mit der EMAS-Audit-Verordnung und ISO 14001 genau in diesen Bereichen Win-win-Situationen her, sodass die Unternehmen hier gleichzeitig Ressourcen und Geld einsparen.

Wir machen also eine zukunftsfähige Abfallpolitik. Wir haben uns verstärkt in der Altlastensanierung und beim Bodenschutz engagiert. Wir sind mit dem AAV einen großen Schritt weitergekommen. Wir machen auch etwas beim Hochwasserschutz, was in dieser Diskussion keine große Rolle gespielt hat, obwohl jeder sieht, dass die Zahl der Extremhochwasserereignisse von Jahr zu Jahr steigt.

Auch bei der Luftreinhaltung sind wir auf einem guten Weg. Insbesondere der Verkehr wird prioritär unter die Lupe genommen, weil wir hier die meisten Emissionen zu verzeichnen haben.

Meine Damen und Herren, deshalb würde ich mich freuen, wenn wir bei der nächsten Haushaltsberatung stärker über Inhalte redeten. Dazu fordere ich die Opposition auf. Ich habe den Eindruck, dass Sie eigentlich nichts an meiner Politik zu kritisieren haben und sich deshalb Punkte herausgreifen, die an der Sache vorbeigehen. - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Da auch der Einzelplan 08 - Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen ist, hat jetzt Herr Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Inhalt der Beiträge der Oppositionsredner würde es mir gestatten, mich schlicht damit zu begnügen, das zu unterstreichen, was meine Vorrednerin, Frau Kollegin Höhn, ganz am Schluss Ihrer Ausführungen gesagt hat. Aber Sie werden sich doch noch drei Sätze mehr anhören müssen.

Herr Kollege Lindlar, Herr Kollege Ellerbrock, ich darf Ihnen sagen: In der letzten Zeit haben in Nordrhein-Westfalen in der Landesplanung und in der Raumordnung sowohl im Recht als auch in der Praxis die größten Veränderungen seit Jahren stattgefunden.

Wir haben im vergangenen Jahr das Raumordnungsverfahren auf zusätzliche Anwendungsfälle erweitert. Wir verabschieden in wenigen Wochen das Gesetz über den Regionalverband Ruhr, das die Einführung des regionalen Flächennutzungsplans und damit den Übergang von der staatlichen Planung in eine kommunale praktische Verantwortung mit sich bringt.

Herr Kollege Ellerbrock, wir haben vor, in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe - über die wir auch in ganz kurzer Zeit entscheiden werden -, ein ganz anderes Modell der Dezentralisierung und Regionalisierung von Landesplanung und Raumordnung zu realisieren. Das alles geschieht übrigens mit dem Ziel der Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung. Es handelt sich durchaus um prinzipielle Veränderungen.

Herr Ellerbrock, Herr Lindlar, Ihr Problem ist, dass Sie all das nicht wollen. Sie wollen es schlicht nicht. Sie haben die Erweiterung des Raumordnungsverfahrens abgelehnt. Sie haben es deshalb abgelehnt, weil Sie darauf setzen, dass durch Verfahrenskomplikationen in der Landesplanung und in der Gebietsentwicklungsplanung Verzögerungen bei Projekten entstehen, die Ihnen nicht passen.

Gut, es ging damals um den umstrittenen Metro-rapid. Aber es geht genauso um die Durchsetzungsfähigkeit der Landesregierung bei anderen raumbedeutsamen Vorhaben. Herr Kollege Lindlar, Sie nutzen die Komplikationen des derzeitigen Rechts an anderer Stelle aus, um Investitionen zu

verzögern und die Ausweisung von Standorten zu erschweren. Genauso ist es bei der regionalen Flächennutzungsplanung.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock, Herr Minister?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ich setze mich gerade mit Herrn Lindlar auseinander, und dabei möchte ich auch bleiben.

Sie sind auch gegen die regionale Flächennutzungsplanung, obwohl Sie wissen, dass sie das probate Mittel ist, um beispielsweise die Realisierung interkommunaler Gewerbegebiete voranzubringen. Auch diese Entwicklung schreitet zurzeit voran wie noch nie zuvor, Herr Kollege Lindlar. Das wollen Sie auch nicht. Auch gegen diese Veränderungen bei der Landesplanung haben Sie sich gewehrt. Stattdessen fordern Sie eine Novelle des Landesplanungsgesetzes. Sie kommt noch.

Herr Kollege Lindlar, es wäre für Sie an der Zeit, wenn Sie sich dazu bequemem könnten, einen eigenen Vorschlag zu machen, anstatt das Raumordnungsrecht zu missbrauchen, um Investitionen in Nordrhein-Westfalen zu behindern. Dazu fordere ich Sie auf. Dieser Beitrag wäre von Ihnen zu erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb darf ich sagen: Die 1 Million €, die in den Haushalt 2004 und 2005 für Landesplanung und Raumordnung eingestellt werden soll - für jedes Jahr 1 Million € -, sind ein guter Beweis dafür, wie man auch mit kleinen Beträgen große Dinge bewirken kann.

Herr Kollege Lindlar, vielleicht entschließen Sie sich dazu, sich inhaltlich damit auseinander zu setzen, nicht in der dünnen Form, in der Sie das hier getan haben und die weitere Antworten nicht erforderlich macht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir jetzt zur **Abstimmung zu Einzelplan 08** - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - kommen können.

Wir haben zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4937** abzu-

stimmen, Stichwort: Steinkohlesubvention. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen als Nächstes zur Abstimmung über den gesamten **Einzelplan 08** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4808. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Über den Einzelplan 10 stimmen wir noch nicht ab; denn zunächst rufe ich **Bereich 8** aus dem Einzelplan 10 auf:

Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4810, die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4913 und 13/4914 - Neudruck - sowie den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4922.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diesen Doppelhaushalt werden die Weichen für die nächsten zwei Jahre gestellt. Es ist allerdings auch der letzte Haushaltsplan in dieser Legislaturperiode, der von dieser Landesregierung eingebracht wird.

(Beifall bei der CDU - Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das stimmt - in dieser Legislaturperiode!)

Es ist der letzte Haushaltsplan der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

Während in den Ministerien und auf Landesebene über große Finanznot gesprochen wird und Frau Höhn zunächst auch in großer Finanznot war, was den Einzelplan 10 angeht, hat sie sich dann gesagt: Das kann so nicht weitergehen. Wir brauchen eine neue Steuer in Nordrhein-Westfalen. - Die neue Wassersteuer ist in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden, damit ist es in gewissen Bereichen des Einzelplans 10 nicht zu Kürzungen kommt.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das hat Herr Lindlar eben schon gesagt!)